

### **Frage 1 - Welche Maßnahmen zum Klimaschutz halten Sie für notwendig und sinnvoll?**

Nach der internationalen Vereinbarung sehr anspruchsvoller Klimaschutzziele geht es auch in Deutschland selbst darum, dass alle politischen Ebenen ihren Beitrag leisten, um den Klimaschutz nicht nur in Sonntagsreden zu betonen, sondern auch real Schritte zu seiner Umsetzung zu leisten. Ein wirksamer Beitrag von Seiten der Stadt Hamm zur Reduktion der Emission Klima schädigender Treibhausgase – insbesondere CO<sub>2</sub> – ist daher unverzichtbar. Insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Wohnen und Stadtplanung wie auch bei der Mobilisierung der Bürgerschaft für einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz stehen der Stadt eine breite Palette an Möglichkeiten zur Verfügung, um konkret tätig zu werden. Der Beschluss des Aufsichtsrats der Stadtwerke Hamm GmbH für eine Beteiligung mit 10 MW an einem Windkraftpark vor Borkum beweist: Es geht, wenn man nur will.

Die HammSPD spricht sich für ein umfassendes Handlungsprogramm Klimaschutz aus. Grundlage müssen eine ehrliche Klimabilanz und realistische Klimaschutzziele sein, auf denen aufbauend von der regenerativer Energieerzeugung und -einsparung über den Masterplan Verkehr und die Waldvermehrung bis hin zur Mobilisierung der Bürger für den Klimaschutz konkrete Maßnahmen und Projekte entwickelt und umgesetzt werden. Gerade in einer Flächenstadt wie Hamm kommt auch der Stadtplanung beim Klimaschutz eine wichtige Rolle zu: So hängt die Verminderung extremen Flächenverbrauchs eng mit der Verminderung von unnötigem Verkehr zusammen. Die SPD-Ratsfraktion hat hierzu mit dem Antrag 565/07 „Hamm: Klimafreundliche Stadt – Handlungskonzept erarbeiten.“ schon im November 2007 detaillierte Vorstellungen dazu in den Rat eingebracht.

### **Frage 2 - Welche Kriterien für die Beschaffung sind für Sie zentral?**

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hamm hat schon im Juni 2004 einen Antrag ‚NEIN zur ausbeuterischen Kinderarbeit‘ (1209/04) in den Rat eingebracht, um eine klare Regelung für die Beschaffungspraxis der Stadt Hamm zu erreichen. Dieser ist bis heute nicht umgesetzt.

Nach Vorstellung der HammSPD soll zukünftig generell bei der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge sichergestellt werden, dass die Lieferanten die Kernarbeitsnormen der Weltarbeitsorganisation ILO einhalten. Entsprechende soziale Mindeststandards sind in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien zu verankern. Dazu gehören das Verbot von Zwangsarbeit, das Recht auf gewerkschaftliche Freiheit und Kollektivverhandlungen, die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, Existenz sichernde Löhne, angemessene Arbeitszeiten und die Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit. Schon in den Bauausschreibungen soll auf solche Materialien (Tropenhölzer etc.) verzichtet werden, die unnötige Eingriffe in die Natur mit sich bringen. Bei der Umsetzung eines solchen FairTrade-Ansatzes wollen wir die hohe fachliche Kompetenz der FUGe e.V. nutzen, wenn es um die Ausgestaltung entsprechender Beschaffungsrichtlinien geht.

### **Frage 3 - Würden Sie ökologische Auflagen (wie z.B. Gentechnikverbote) auf allen von der Stadt Hamm verpachteten landwirtschaftlichen Flächen befürworten?**

Ja. Ökologische Auflagen sind – soweit die Flächen im Eigentum der Stadt Hamm stehen – aus Sicht der HammSPD sinnvoll und möglich. Auch für darüber hinausgehende Flächen wollen wir zusammen mit den Verantwortlichen der Landwirtschaft einen umweltbewussten Umgang mit den Naturressourcen erreichen.

Dies gilt insbesondere für ein Gentechnikverbot nicht nur für von der Stadt Hamm verpachtete landwirtschaftliche Flächen. Grüne Gentechnik muss aus heutiger Sicht als Risikotechnologie eingestuft werden. Ihre möglichen Gefahren für Tiere und Menschen sind bei weitem noch nicht umfassend erforscht. Über Pollen und Leihmaschinen kann zudem das genetisch veränderte Saatgut auch andere Felder mit nicht genetisch veränderten Pflanzen erreichen. In diesem Falle droht neben den ökologischen und gesundheitlichen Gefahren auch eine wirtschaftliche Gefahr: Der Landwirt, der davon betroffen ist, verliert seinen Status als gentechnikfreier Produzent und damit seine Erwerbsgrundlage.

#### **4. Wie lässt sich der Strukturwandel nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ entwickeln?**

Wir wollen diesen Strukturwandel gemeinsam mit dem Bergbau meistern. Im Gegensatz zu CDU und FDP spricht sich die HammSPD deshalb für einen Zukunftsbergbau im Östlichen Revier aus. 100 Mio. Tonnen beste Kokscohlen können auch in Zukunft von Hamm aus gefördert werden. Wer die Option 2012 ernst nimmt, muss deshalb für einen Zukunftsbergbau im Östlichen Revier sein. Für die Region sind neben den Arbeitsplätzen Kaufkraft und Zulieferaufträge des Bergwerks unverzichtbar. Die HammSPD tritt daher dafür ein, dass im Östlichen Revier, nach unserem Wunsch am Standort Bergwerk Ost, weiter Kohle gefördert werden kann und das Zukunftsbergwerk Donar eine reale Chance bekommt, entwickelt zu werden. Die dort geförderten Kokscohlen gehen in die Stahlverhüttung und sind somit auch nicht durch regenerative Ersatzenergien zu ersetzen. Bei einer Arbeitslosenquote von 11 % sind trotzdem weitere neue zukunftsfähige Arbeitsplätze notwendig, um den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Dazu will die HammSPD gezielt Branchen, Kompetenzen und Qualifikationen im regionalen Kontext fördern. Neben den Kompetenzfeldern Logistik – jedoch mit dem Schwerpunkt auf eine reale Produktion integrierenden Betrieben – und der Gesundheitswirtschaft bleiben die metallverarbeitende und chemische Industrie sowie die Energiewirtschaft Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Innovationen sind auch in der heimischen mittelständischen Wirtschaft und im Handwerk unverzichtbar. Für eine solche dynamische Bestandspflege brauchen wir mehr Wissens- und Technologietransfer. Das Potenzial der Hochschulen wollen wir deshalb durch eine Transferstelle Hochschule-Wirtschaft sowie durch ein Hamtec II für wissenschaftliche Institute und Existenzgründer besser nutzbar machen.

Der Strukturwandel findet zudem im Übergang der Generationen statt. Wir brauchen die Beste Bildung für faire Zukunftschancen für die junge Generation. So wie für Bochum die Gründung der Ruhr-Universität mindestens genauso wichtig war wie die Ansiedlung von Opel, ist die neue Fachhochschule für Hamm eine große Chance. Sie im Strukturwandel zu nutzen heißt: Wir müssen mehr Kinder in Hamm zu einem (Fach-)Abitur und damit zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen. Diese Quote liegt in Hamm mit unter 30%.

#### **5 - Wie stellen Sie sich zum Thema Flächenverbrauch in Hamm (Inlogpark und Rhynern)?**

Die HammSPD spricht sich dafür aus, die Instrumente des Planungsrechtes konsequent zu nutzen, um unnötigen Flächenverbrauch zu vermeiden und so als Stadt Hamm unseren Beitrag dazu zu leisten, das Ziel einer Reduktion auf 40 ha/Tag bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Entscheidend ist für uns nicht, wie viel Gewerbefläche am Ende eines Jahres verkauft ist, sondern wie viele gerecht entlohnte Arbeitsplätze neu geschaffen werden konnten. Wir werden deshalb die Strategie der Ansiedlungspolitik ändern: Wir setzen dabei stärker auf ein Zusammenwirken von neuen Flächen und sanierten Altstandorten, wie Radbod, Sachsen und die Argonner Kasernen. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei das ehemalige Thyssen-Gelände ein. Hier wollen wir einen Technologiepark verwirklichen.

Für den Gewerbestandort Rhynern hat sich die HammSPD für eine kleinteilige Entwicklung des aus unserer Sicht letzten Bauabschnitts ‚Südlich Oberallener Weg‘ und für eine Begrenzung der Fläche in den dann bestehenden Grenzen A 2 | Wambelner Straße | Bever-Niederung | Werler Straße ausgesprochen. Die Ansiedlung eines Möbelmarktes sowie die Erschließung der Flächen südl. ‚Im Sutenkamp‘ lehnen wir ab.

Schon im regionalplanerischen Verfahren hat sich die HammSPD damit durchgesetzt, dass im Gegenzug für die Genehmigung der Entwicklung der Fläche InLogPark die LEP-6-Fläche für industrielle Großansiedlungen in Uentrop – Im Sundern und Heidmühlsches Holz – planerisch aufgegeben wird und somit auf Dauer für die Natur erhalten bleibt. Unabhängig davon hält die HammSPD an einer abschnittsweisen Entwicklung bei Ausklammerung des ökologisch wertvollen Bereichs ‚Niedervöhdebach‘ und an den Durchfahrtsbeschränkungen für LKW Richtung Norden fest. Für die HammSPD ist jedoch die Frage der gewerblichen Flächen nicht die einzige bei der Begrenzung des Flächenverbrauchs in Hamm. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, dazu müssen die Zentren vor Ort gestärkt und unsinnige Ansiedlungen auf der grünen Wiese, sei es für das Wohnen oder für das Einkaufen, unterbunden werden. Die Ausweisung neuer Wohngebiete wollen wir daher auf kleine Einheiten an integrierten Standorten beschränken. Grundsätzlich gilt auch angesichts der demografischen Entwicklung: Stadtumbau und Sanierung gehen vor Neuausweisung und Neubau.